

Berliner Tageblatt



Nr. 246

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Möller in Berlin.

T. W. Während in London Herr Baldwin sein neues Kabinett gebildet und in Paris Herr Poincaré die rührende Demissionsrede aufgeführt hat, haben in Berlin die Reichstagskammer Cuno und der Minister des Innern, Herr v. Rosenfeld, ihre Erwägungen und Beratungen über die Ergänzung oder Erweiterung des ersten Abkommens fortgesetzt. Da diese Beratungen noch nicht abgeschlossen sind, die Einzelheiten bisher nicht feststehen, „vollendete Tatsachen“, vor denen man sich zum hundertsten Male beugen müßte, einzuweisen nicht vorliegen, so sind wohl noch einige allgemeine Bemerkungen zu dem Thema erlaubt. Obgleich es wahrscheinlich ist, daß die Ansichten des Kabinetts Baldwin sich wenig von den Ideen des Kabinetts Bonar Law unterscheiden, wäre es vielleicht empfehlenswert, zunächst eine absolute Gewißheit zu gewinnen. Man braucht auch nicht mit der Tür in das Haus zu fallen, dessen Bewohner noch mit der Einrichtung beschäftigt sind. Im Laufe der Jahrhunderte war den diplomatischen Technikern nicht nur die Gründung der Note, sondern auch die höchste Vereinerung zahlreicher anderer Hilfsmittel gelungen. Die Abfassung einer Note erscheint jetzt nur deshalb notwendig oder nützlich, weil der unglückliche Grund, den das deutsche Angebot in der Deffektivität genadigt hatte, abermals in der Deffektivität durch glücklichere Einwürfe verdrängt werden soll. Daran folgt, daß es gar keinen Zweck hätte, daß es der lakonische, unvermeidliche Fehler wäre, wieder eine Note hinauszujuden, der man nicht mit einiger Sicherheit eine gute Aufnahme prophesieren kann. Es wäre sinnlos, denselben Wein, der nicht schmeckhaft gefunden wurde, einfach in ein anderes Glas zu fassen. Nur zwei Wege bieten sich einer zu klaren Denken und Handeln befähigten Regierung dar. Wenn sie nach genauer Prüfung der Situation und ihres eigenen Gemüts die Lebenszeugung haben kann, daß aus ruhigem Abwägen keine ernste Gefahr sich ergeben werde, dann müssen diejenigen, bei denen die Entscheidung liegt, erklären, wir, der Reichstagskammer und der Minister des Innern, sind dieser Meinung und wir übernehmen vor dem Volke und der Geschichte die Verantwortung. Will die Regierung das nicht oder lassen sich die politischen Gegengründe nicht widerlegen, so muß sie durch die nötigen Zugeständnisse in den Fragen der Reparation und der Garantien zur Annäherung an diejenige Gruppe gelangen, die Verhandlungen müßig. Etwas Drittes gibt es nicht. Selbstverständlich kann nicht einem Augenblick lang der Gedanke aufkommen, irgendeine der regierenden Persönlichkeiten würde lieber notwendigen, aber gewöhnlich nicht vom Massenbewußtsein getragenen Entschlüssen ausweichen und mit dem billigen Vorzeiger der Lebensangst von demselben zu gehen. Wenn die französische Presse meint, daß solche Reigungen vorhanden seien, so ist das einer ihrer vielen Irrtümer, und jeder nicht ganz naive Beobachter würde ja auch hinter dieser Art von Heroismus das Gegenteil erkennen.

Herr Poincaré wollte sich nicht beiseite drücken, als er den verständnisvoll lächelnden und im voraus beruhigten Versuch um Entlassung aus dem hohen Amt bot. Er hatte die Zäpferei eines Mannes, der seiner Umgebung nicht, Selbstmord mit einem Revolver zu begehen, aus dem er vorher die Augen herausgenommen hat. Die Ehrenjüngferlichkeit seiner Presse haben ihn, als Dank für seine patriotische Tat, neue Minuspunkte gebracht. Sie reichen alles, was man haben will, auf den Boulevard jedem Gemeinmensch und jedem Fremden, der ihnen seine Freigebigkeit beweist. Natürlich haben sie erzählt, der Entschluß des großen Franzosen, zum Ziele der Welt auf seinem Posten zu bleiben, habe in Deutschland ungeheure Guttätigung erzeugt. Ach nein, wir müßten doch, daß Herr Poincaré nicht entsetzt auf ein Abgeschmacktes denke, und daß er so liebesoll die Macht unklammer, wie der Geizige ein Gold. Er ist, wie schon sein Freund Jesuist in den Briefen an Cäsarum konstatierte, über empfindlich gegen Widerspruch und resistanter Natur. Aber er schwänzt den Blick nur, wenn er sicher ist, sich nicht die Finger zu verbrennen. In der Deputiertenkammer kann er auf den Seilzug einer neuen Kameleopardier rechnen, wenn er die haarspalterischen Dinge sagt. Die einflussreichen Politiker, die eine Verbindung mit dem deutschen Volke wollen, kämpfen verlaßlich einen ausdauernden Kampf. Nach langer Verhandlung und Beratung ist ja jetzt in der Kammer die Würde der Debatte in Gang gekommen, und sie dauert noch fort. Es kann nicht bestritten werden, daß die Redner der Opposition ausgedehnte, kluge und treffende Worte gegen die Propaganda der Ministerbank geschleudert haben, aber sie sind eine Minderheit. Mandat hat man auch den Eindruck, als seien sie nicht genügend über alle Tatsachen unterrichtet, als seien ihnen das Material. Allerdings würde der parlamentarische Künzler der Regierung ihre ausdauernden Mitteilungen mit Lärm bedecken, der journalistische Tropf sie unterdrücken, aber es böte sich doch eine Gelegenheit, einem Teile des französischen Volkes Botschaft vorzuführen, von denen das ganze Volk nichts ahnt. Es würde sich zum Beispiel lohnen, zu schildern, wie in Trier und in vielen anderen Orten die schwarzen Affrikaner die häuslichen umzingelten Familienverbände, weinende Frauen und entsetzt schreiende Kinder aus den Wohnungen vertreiben und auf dem Bahnhof in den Viehwagen zwängen. Man könnte berichten, wie Tausende von Familien mitten im Frieden so aus ihrem glücklichen Heim, aus ihrem Erwerb verjagt, anfällige Menschen in die Gefängnisse geworfen werden, und man könnte fragen, mit welchem Rechte das alles geschehe, und ob die französische Zivilisation nur noch ein Bruchstück in feststehender. Während des Krieges rief der französische Touringklub in einer Proklamation an seine Mitglieder: „Überall die Mauer! — keine deutschen Erzeugnisse mehr in Frankreich, keine deutschen Angehörigen in unseren Hotels — die Mauer, die Mauer, die Mauer überall!“ Sie haben die Mauer um sich selber herumgebaut, sich selber abgeschlossen, und

Die Garantievorschläge der deutschen Industrie

Der Inhalt des Memorandums.

Die Konferenzen beim Reichstager.

Wir haben bereits im gestrigen Morgenblatt andeutungsweise einiges über den Inhalt des Memorandums mitgeteilt, das das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an Sonnabend dem Reichstager Dr. Cuno überreicht hat. In Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen sind wir in der Lage, nach folgendem zu sagen: Das Memorandum ist verfassungsmäßig fest zusammengefaßt in einem Schriftstück von sechsseitiger Länge. Es geht aus von der Feststellung, daß Reich und Länder in allererster Linie auf Grund der im Verlaufe der Friedensverträge übernommenen Verpflichtungen die notwendigen Garantien für die Tilgung der Reparationsföndel an die Alliierten aufzubringen haben. Dabei wird vor allem Bezug genommen auf die für diesen Zweck irgendwie geeignete staatliche Substanzen, also etwa nicht nur auf die Reichsfinanzen, sondern auch auf die staatlichen Wälder, Domänen usw. Unter der Voraussetzung, daß diese staatlichen Garantiemöglichkeiten ausgenutzt werden, erklärt sich der Reichsverband der deutschen Industrie bereit, eine **Zufahrgarantie zu leisten**. Allerdings bezieht der Verband es als selbstverständlich, daß nicht die Industrie allein zu einer privaten Garantieleistung herangezogen werde, sondern auch **Landwirtschaft, Handel, Banken und städtischer Grundbesitz** sich an der Lösung dieses Problems beteiligen. Dem Memorandum liegt die Berechnung zugrunde, daß ein Betrag von insgesamt **500 Millionen Goldmark von privater Seite garantiert werden könnte**. Stürzen würde die Industrie bereit sein, 40 Prozent, das sind also 200 Millionen zu ihrem Teile zu übernehmen, während der Rest von 60 Prozent unter den übrigen Faktoren (Landwirtschaft, Banken, Handel usw.) unterteilt werden müßte. Heber die Methode der Durchführung dieser jährlichen Umlage äußert sich das Memorandum im einzelnen nicht. Es wird jedoch erklärt, daß nachher die Verteilung des wöchentlichen Prozentsatzes auf die einzelnen Faktoren unter Berücksichtigung ihrer gegenwärtigen Vermögenslage erfolgen müßte, daß also z. B. der Grundbesitz zu der Garantieleistung gegenwärtig noch kaum herangezogen werden könne, während das mobile Kapital einen wesentlichen Beitrag zu leisten in der Lage sein würde. Was den Anteil der Industrie selbst betrifft, so weist das Memorandum die Verteilung des Vorstehendes vornehmlich auf der **Basis der vorhandenen Immobilienwerte**, das waren also die Grundstücke, Gebäude und Maschinenanlagen. In dem Schreiben des Reichsverbandes wird dann ausdrücklich Bezug genommen auf die **Note, die das Kabinett Wien am 14. November letzten Jahres an die Reparationskommission gerichtet hat**. Zu dieser Note, die damals mit ausdauernder Zustimmung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokratie abgelehnt worden war, werden die Voraussetzungen für eine Entzerrung der deutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingehend auseinandergesetzt. Darin heißt es u. a.:

Durch innere Reformen wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung ist insbesondere ins Auge gefaßt: Aufhebung erheblicher wachsender der Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, Vermeidung unproduktiver Ausgaben, Beschränkung der geldverzehrenden Maßnahmen, die neue Ausgaben vermindern, auf die dringlichsten Erfordernisse. Produktive

Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.

Zeitsparend wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergriffen, um insbesondere durch Erhöhung des Leistungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen.

Zu diesen Zwecken wird insbesondere eine Neuordnung des Arbeitsrechts unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit und unter Zuhilfenahme geeigneter Ausnahmen auf tariflichen oder behördlichen Wege zur Beseitigung der Rolle der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet, alle Maßnahmen zur Verbesserung von Qualitätsarbeiten gefördert, Zulassungsverkehr und Zulassungsfahrt geordnet und der Alkoholverzehr beschränkt werden.

Zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zoonenbewirtschaftung des Viehgetriebes abgebaut werden. Bei einer Besserung der Markt fallen die wesentlichen Gründe für die bisherige Getreidepolitik fort.

Bei Festlegung des Marktzufusses werden andererseits die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt wurden. Auch im übrigen wird Deutschland die wirtschaftspolitische Gleichberechtigung in allen Beziehungen eingeräumt und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besagten Gebiet wiederhergestellt werden müssen, um den Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen.

Der Reichsverband der Industrie denkt in erster Linie an die Rückgängigmachung der im Verlaufe der Verhandlungen zur Hebung der Reichsbewirtschaftungsfrage in Deutschland. Außerdem wird großes Gewicht gelegt auf die Notwendigkeit, in den Reichsbetrieben einschneidende Reformen durchzuführen und einfachere Verwaltung durchzuführen. Was den Höchstlohn betrifft, so wird in dem Memorandum des Reichsverbandes festgestellt, daß dessen Aufhebung nicht in Frage komme, daß aber auf eine möglichst große Intensivierung der Produktion Wert zu legen sei, und daß darum alle in dieser Richtung getroffenen Maßnahmen von der Regierung mit Energie ausgeführt werden sollen.

In Anbetracht an die Sitzung des Reichstages und des Reichsverbandes mit Vertretern des Reichsverbandes fanden dem am Sonnabend und Sonntag vorwiegend **Besprechungen des Reichstages und Reichsverbandes mit dem Reichsminister der Reichsfinanzverwaltung** statt. In deren Verlauf die politische Lage eingehend erörtert wurde. Die Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie machten zum Teil sehr kritische Bemerkungen zum Vorschlag der Reichsregierung ins Auge gefaßten neuen Plan geltend. Bedenken, denen sich insbesondere der Reichstagsminister nicht verschließen konnte. Heute vormittag haben weitere Beratungen der Regierung mit Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden, und es ist zu hoffen, daß in den nächsten Tagen ein konkretes Ergebnis erzielt werden wird. Für morgen ist eine Sitzung des Reichskabinetts in Aussicht genommen. Wenn die Abendung der Note an die Alliierten erfolgen kann, hängt naturgemäß von dem Verlaufe aller dieser Verhandlungen ab. Es handelt sich jetzt in der Hauptsache um die Stellungnahme der Regierungsparteien zu den von der Industrie gemachten Garantievorschlägen. Wir halten es für richtig, vorläufig auf eine kritische Erörterung zu verzichten.

wissen nicht, wollen nicht wissen, was draussen in ihrem Namen geschieht, und was man von ihnen denkt und sagt.

Jammern ist es doch nicht ganz verständlich, daß Herr Poincaré einen nie vererbenden Strom von Unwahrscheinlichkeiten über das Parlament hinschütten lassen darf, ohne daß ihm sofort die Wahrheit entgegengehalten wird. Um eine Kleinigkeit zu erwähnen: als der Abgeordnete Kurios in seiner vorstehenden Rede gesagt hatte, daß eine Ausdehnung der Besetzung auf längere Zeit immer wieder zu neuen und heftigeren Zwischenfällen führen würde, rief Herr Poincaré dazwischen ein, im besten Frankreich habe man in 1870 bis 1873 keine Zwischenfälle erlebt. Es scheint, daß der große Patriot die Geschichte seines eigenen Landes nicht kennt. Ist es seinem Gedächtnis ganz entfallen, daß im August 1871 der Gärner Berlin in Meaux den preussischen Feldwebel Krafft zu erschließen versuchte, im September 1871 ein gewisser Tommelet einen deutschen Soldaten ermordete und auch sonst an Attentaten und Angriffen kein Mangel war? Ist seinem Geiste entfallen, daß diese Angriffe sich ereigneten, obwohl der General v. Manteuffel, nach dem Zeugnis der Franzosen selber, während der Okkupation eine Mäde, eine Entzerrung des französischen Nationalgefühl, eine ausländische Gefinnung, eine Gerechtigkeitsliebe, einen Sinn für Ehre und, mit einem Worte, alle die Eigenschaften zeigte, die den französischen Siegern von heute fehlen, und seiner Duldsamkeit wegen sogar scharf mit Mierum aneinandergeriet? Ist ihm unbekannt, daß zum mindesten jene Mörder der deutschen Soldaten nicht vor deutsche Kriegsgerichte, sondern vor die französischen Gerichte gestellt und dann von ihren Landsleuten freigesprochen wurden, während man heute die Bewohner des Reichslandes und des Ruhrgebietes, nur weil sie vor fremder Gewaltthätigkeit nicht in die Knie sinken, von gehorhten französischen Kriegsgerichten zu unerbittlichen Strafen verurteilt läßt? Er ist nicht ungebildet und nicht vergeßlich, entsetzt nur ein bißchen die historischen Tatsachen, und er macht es mit der Gegenwart, wie mit der Vergangenheit. „Unverschämte Verteilung“ meint er es, daß man in Deutschland von „französischen Gewalttaten“ zu sprechen wagt. Mit edlem Pathos ruft er aus: „Wann haben wir jemals unfer Gebiet vergrößert wollen, wann jemals daran gedacht, die Frei-

heit eines Volkes anzutasten, wann ein Gebiet gegen den Willen seiner Bevölkerung erobert?“ Kein Engel war je so rein. Und die Vertreibung der vielen tausend Unbekannten ist gar keine Gewaltthat, durch die Verjagung und Entfremdung der Widerpassigen, und durch die ganze Okkupation, wird die Freiheit eines Volkes gar nicht angefaßt, und all diese „Zerstückelungsmaßnahmen“ und „Zerstückelungen“, all diese Unterdrückung der deutschen Zeitungen und all diese Verfolgung jeder freien Meinung haben gar nicht den Zweck, das Rheinland gegen den Willen seiner Bevölkerung Herrn Poincaré, im „Temps“, schrieb am 14. Mai Herr de Guillaerville, jene kleine crapule, die in Berlin residierte und sich dann heldenhaft nach Wiesbaden, das französische Hauptquartier stürzte: „Unser Ziel ist, im Ruhrgebiet zu bleiben, und aus allen Hüfquellen dieses industriellen Gebietes und des Rheinlandes Nutzen zu ziehen.“ hätte man in der Deputiertenkammer Herrn Poincaré nicht darauf aufmerksam machen können, daß jene Absicht, das Rheinland gegen den Willen seiner Bevölkerung von Deutschland loszureißen, sich, ebenso wie aus seinen Laten, aus seinen eigenen Geständnissen ergibt? Im September 1921 triffen im „Temps“ Herr André Laidieu und Herr Poincaré, der nicht mehr Präsident der Republik und noch nicht Ministerpräsident war, darüber, wer von ihnen beiden verantwortlich für die Annullierung des Versailleser Vertrages ist. Annullierung erscheint allen französischen Nationalisten dieser Vertrag, weil er die Dauer der Rheinlandbesetzung auf fünfzehn Jahre beschränkt. Am 12. September 1921 warf Herr Poincaré im „Temps“ den Clemenceau und Laidieu vor, sie hätten den Marschall Foch, der die Okkupation für unbegrenzte Zeit forderte, gegenüber Lloyd George und Wilson, die diese Forderung zurückgewiesen, nicht genügend unterstützt. Herr Poincaré hatte in den Pariser Friedensverhandlungen den Standpunkt vertreten, daß das „territoriale Band“ bis zur vollen Bezahlung der deutschen Schuld festgehalten werden müsse, und um der Räumung zu entgegen, wollte er die Reparationssumme so hoch bemessen, daß es, wie er in einem Briefe an Clemenceau am 23. April 1919 sagte, den Deutschen unmöglich sein werde, sie in fünfzehn Jahren zu bezahlen — „All est tout à fait